

## **Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher): Überregionales Einstehen für den Bypass A6 Wankdorf-Gümligen; Begründungsbericht**

Die folgende Dringliche Motion Fraktion FDP wurde vom Stadtrat mit SRB 281 vom 20. Juni 2013 im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt:

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. sich für die Realisierung des Bypasses Wankdorf-Muri-Gümligen einzusetzen. Dabei reicht es nicht aus, sich in der Vernehmlassung entsprechend zu äussern, denn die abschliessende Verteilung der Bundesmittel erfolgt durch das nationale Parlament
2. sich zusammen mit dem Gemeinderat von Muri sowie der Regionalkonferenz Bern-Mittelland bei nationalen Parlamentariern und anderen Kantonsregierungen für den Bypass aktiv einzusetzen
3. den Verein Hauptstadtregion Schweiz für ein Mit-Lobbying bei nationalen Parlamentariern sowie anderen Kantonsregierungen zu mobilisieren.

### **Begründung**

Mit dem Bypass zwischen Ostring und Saali sowie dem einröhrigen Seidenbergtunnel könnte das Gebiet Bern bis Gümligen massiv aufgewertet werden. Einerseits würde durch die Reduktion von Lärmemission die Lebensqualität in den betroffenen Quartieren spürbar gesteigert. Andererseits könnte die längst überfällige Umwandlung des bisherigen Autobahnabschnittes in eine Stadtstrasse vollzogen werden. Und drittens könnte so Bauland für ca. 150'000 m2 Bruttogeschossfläche frei werden (vgl. Der Bund vom 05.03.2012).

Am 10. April 2013 eröffnete das Bundesamt für Strassen ASTRA die Vernehmlassung zum „Bundesbeschluss über das zweite Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel“ (vgl. [www.astra.admin.ch](http://www.astra.admin.ch)). Dabei wurde bekannt, dass der Bypass Wankdorf-Muri erst in dritter Priorität realisiert werden soll. Kurzum: Die Realisierung des Bypasses würde sich aufgrund der fehlenden Bundesmittel von 1.49 Mia. nochmals um Jahre verzögern. Bis am 8. August 2013 können sich nun sämtliche interessierte Akteure äussern, anschliessend findet voraussichtlich im Frühling 2014 die parlamentarische Beratung in den eidgenössischen Räten statt. Wir sind der Auffassung, dass der Bypass möglichst rasch realisiert werden muss. Das Bundesamt für Strassen ASTRA nahm lediglich eine Beurteilung der potentiellen Verkehrsüberlastung vor. Vernachlässigt wurden dabei Aspekte wie Lärmschutz und bauliche Entwicklung. Gerade in Anbetracht der zunehmenden Zersiedelung der Schweiz sollten bestehende Wohngebiete vor Lärm bestmöglich geschützt und brach liegende Flächen in der Agglomeration zwecks Wohnungsbau genutzt werden.

### ***Begründung der Dringlichkeit***

Um die Debatte der Eidgenössischen Räte beeinflussen zu können, muss möglichst rasch mit der Überzeugungsarbeit gestartet werden. Das Bundesparlament wird den Kredit voraussichtlich im Frühling 2014 behandeln.

Bern, 25. April 2013

*Erstunterzeichnende:* Bernhard Eicher

*Mitunterzeichnende:* Mario Imhof, Dannie Jost, Jacqueline Gafner Wasem, Dolores Dana, Christoph Zimmerli, Pascal Rub.

## **Bericht des Gemeinderats**

### *Ausgangslage*

Am 7. April 2013 wurde die Vernehmlassung über den „Bundesbeschluss über das zweite Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel“ eröffnet. Wie bereits beim ersten Programm wurden auch hier die Projekte priorisiert und in die Module I (dringend) bis IV (nicht prioritär) eingeteilt, wobei die Finanzierung nur für die Projekte der Module I und II gesichert war. Fand sich das Bypass-Projekt im ersten Engpassbeseitigungs-Programm noch in Modul II, so war es nun im zweiten Programm dem Modul III zugeteilt.

Im Vorfeld wurde vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) zusammen mit dem Kanton Bern und der Region Bern-Mittelland sowie den betroffenen Gemeinden eine Bestvariante für die Engpassbeseitigung auf der A6 erarbeitet. Umso bedauerlicher war es, dass dieser Lösungsvorschlag im zweiten Engpassbeseitigungs-Programm vom Modul II ins Modul III verschoben worden war, was eine Realisierung des Projekts weit in die Zukunft rückte.

Die Bypass-Lösung wertet das Siedlungsgebiet im Osten Berns auf, welches durch die heutige Linienführung der Autobahn stark beeinträchtigt wird. Sie ist für die weitere Stadtentwicklung wie auch für die Siedlungsentwicklung der Kernagglomeration von grosser Bedeutung. Wie der Gemeinderat bereits in seiner Antwort vom 12. Juni 2013 dargelegt hat, teilt er die Meinung der Motionäre, dass die Zuteilung des Bypass-Projekts in Modul III von grossem Nachteil für die Stadt Bern ist. Er war daher von Beginn an in die Lobby-Arbeiten zu Gunsten dieses Projekts involviert und hat diese umfassend unterstützt.

### *Zu Punkt 1:*

Der Kanton Bern, die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM), die Stadt Bern sowie die Gemeinden Ittigen, Muri, Ostermundigen und Zollikofen haben sich in einer gemeinsamen Vernehmlassungseingabe gegen die Absicht des Bundesrats, das Bypass-Projekt in das Modul III des zweiten Engpassbeseitigungs-Programms zu verschieben, ausgesprochen. Weiter wurde Mitte September 2013 das Unterstützungskomitee „Engpass Wankdorf-Muri beseitigen - Zukunft sichern jetzt“ gegründet, um die Lobbying-Arbeiten zu koordinieren und das Projekt voranzubringen. Die Stadt Bern ist durch den Stadtpräsidenten im Co-Präsidium vertreten, welchem zudem Barbara Egger-Jenzer, Regierungsrätin, und Werner Luginbühl, Ständerat, angehören. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Adrian Haas, Grossrat und Direktor Handels- und Industrieverein Kanton Bern, Thomas Hanke, Gemeindepräsident Muri, Thomas Iten, Gemeindepräsident Ostermundigen und Präsident Kommission Verkehr RKBM, Raphael Lanz, Grossrat und Stadtpräsident Thun, sowie Regula Rytz, Nationalrätin. Dem Unterstützungskomitee gehören heute knapp 200 Personen aus Politik und Wirtschaft an, zudem haben sich auf der Website des Unterstützungskomitees rund 300 Personen als Supporter eingetragen.

Das Co-Präsidium des Unterstützungskomitees traf sich im November 2013 mit dem Direktorium des ASTRA, um der Forderung nach einer Realisierung des Projekts Nachdruck zu verleihen. Das Unterstützungskomitee hat zudem mehrmals mittels Medienmitteilungen über seine Forderungen und Aktivitäten informiert und seine Mitglieder wie auch die Supporter mit regelmässigen Rundschreiben aufdatiert. Schliesslich wurde auch an diversen Anlässen zum Thema informiert (s. Punkte 2 und 3).

### *Zu Punkt 2 und 3:*

Das Unterstützungskomitee „Engpass Wankdorf-Muri beseitigen“ hat seine Forderung nach einer Umteilung des Bypass-Projekts Wankdorf-Muri von Modul III in Modul II des zweiten Programms zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz an mehreren Anlässen präsentiert. Dane-

ben ist es mit seinem Anliegen mehrfach schriftlich an die Mitglieder des Grossen Rats und an die National- und Ständeratsmitglieder der Kantone der Hauptstadtregion gelangt.

Neben mehreren Rundschreiben an die Mitglieder des Unterstützungskomitees, welchem die grosse Mehrheit der Kantonsberner Nationalrätinnen und Nationalräte sowie die beiden Ständeräte angehören, erhielten sämtliche Mitglieder von National- und Ständerat aus den Kantonen der Hauptstadtregion ein Informationsschreiben zur Gründung des Unterstützungskomitees. Derselbe Adressatenkreis erhielt ein Schreiben des Co-Präsidiums des Unterstützungskomitees an die nationalrätlichen Mitglieder der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen in Kopie. Über das Bypass-Projekt auf der A6 wurde zudem an den Treffen des Gemeinderats der Stadt Bern mit den Berner Mitgliedern des National- und Ständerats vom September 2013 sowie vom März 2014 informiert.

Weiter wurde vom Unterstützungskomitee eine Standesinitiative initiiert, welche im März 2014 durch Grossrat Adrian Haas in einer dringlichen Motion gefordert wurde. Der Motion wurde in der Grossrats-Debatte vom 4. Juni 2014 mit einer grossen Mehrheit zugestimmt. Der Regierungsrat des Kantons Bern hat daraufhin am 11. Juni 2014 beim Bund die Standesinitiative „Prioritäre Berücksichtigung der Engpassbeseitigung Bern-Wankdorf-Muri“ eingereicht. Diese wurde bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht in den eidgenössischen Räten behandelt.

Auch die Mitglieder des Grossen Rats wurden regelmässig informiert, so an den beiden Treffen des Gemeinderats mit den Stadtberner Mitgliedern des Grossen Rats vom Januar 2014 und vom März 2014. Ganz im Zeichen des Bypass-Projekt Wankdorf-Muri stand der Informationsanlass vom 20. Mai 2014, den das Unterstützungskomitee zusammen mit der Regionalkonferenz Bern-Mittelland organisiert hatte und zu dem sämtliche Mitglieder des Grossen Rats sowie sämtliche Berner Mitglieder von National- und Ständerat eingeladen wurden.

Schliesslich fand im März 2013 ein Treffen zum Thema „Verkehrsdrehscheibe Hauptstadtregion“ statt, an dem Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer der parlamentarischen Gruppe Hauptstadtregion Schweiz das Bypass-Projekt sowie die Forderung nach dessen Realisierung vorstellte.

Der Nationalrat hat in der Sommersession 2014, der Ständerat in der Herbstdebatte 2014 den vom Bundesrat vorgelegten Bericht bestätigt, das Bypass-Projekt verbleibt somit in Modul III. In der aktuell in den vorberatenden Kommissionen der Eidgenössischen Räte diskutierten Botschaft vom 18. Februar 2015 zur Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds, zur Schliessung der Finanzierungslücke und zum Strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrassen („NAF-Botschaft“) ist das Bypass-Projekt Wankdorf-Muri folgerichtig erst im Realisierungsschritt 2040 eingeteilt. Dessen definitiver Inhalt und die Finanzierung werden erst in einem späteren Schritt beschlossen, was im Wesentlichen von der Entwicklung der Bedürfnisse und dem Planungsfortschritt der einzelnen Projekte abhängen wird. Seitens ASTRA wurde den Beteiligten signalisiert, dass die Planung für das Projekt Wankdorf-Muri rasch an die Hand genommen werde; dazu sind bereits Ausschreibungen erfolgt.

Der Gemeinderat bedauert die durch die Bundesbehörden vorgenommene Rückstufung des Bypass-Projekts Wankdorf-Muri sehr und er wird sich im Rahmen des Unterstützungskomitees „Engpass Wankdorf-Muri beseitigen“ weiterhin dafür einsetzen, dass das Projekt zielgerichtet vorangetrieben wird und möglichst rasch finanziert und realisiert werden kann.

Bern, 24. Juni 2015

Der Gemeinderat